KommunalplusBildung

Experten-Wissen für die Praxis

> NEU Online - Seminar: Vergabe von Postdienstleistungen



DR. DANIEL SOUDRY

Ihr Dozent bei diesem Seminar

Details

Seminar	NEU Online - Seminar: Vergabe von Postdienstleistungen - Aktuelle Entwicklungen zum Postgesetz 2024
ID	0002585
Termin	18.06.2026 - von 10:00 Uhr bis 14:00 Uhr
Anmeldeschluss	18.06.2026 - 10:00 Uhr
Ort	Online-Seminare für Deutschland

Stand: 03.11.2025

Kurzbeschreibung

Postdienstleistungen werden von einer großen Anzahl öffentlicher Auftraggeber benötigt. Dem steht eine von technischen und rechtlichen Besonderheiten geprägte und stark regulierte Branche gegenüber. Entsprechend häufig waren die Vergabenachprüfungsinstanzen in den vergangenen Jahren mit der Ausschreibung von Postdienstleistungen befasst. Die Komplexität stellt besondere Anforderungen an Beschaffungsstellen. Das Gebot der Losvergabe, die Nutzung von Frankiermaschinen in Behörden, Entgeltgenehmigungen, Steuervergünstigungen, Eignungs- und Wertungsfragen sowie spezifische Anforderungen an die Leistungsbeschreibung sind nur einige der Themen, die in jüngster Zeit Bedeutung erlangt haben. Erfahren Sie aus erster Hand, wie Sie Ausschreibungen effizient und rechtssicher gestalten und Fallstricke frühzeitig erkennen.

Lernen Sie, wie Sie über eine durchdachte Leistungsbeschreibung eine wirtschaftliche Beschaffung sicherstellen. Praxistipps für den Umgang mit Bieterfragen und Rügen und ein Überblick über die aktuelle Rechtsprechung und die Novelle des Postgesetzes 2024 runden das Seminarprogramm ab.

Seminarinhalt

Besonderheiten des Postmarkts

Kurze Einführung in die Rechtsgrundlagen und Grundzüge des Vergaberechts

Überblick über das neue PostG

Postdienstleistungen als besondere Dienstleistungen?

Effiziente Beschaffung

Vorbereitung der Ausschreibung

Verfahrenswahl

Losaufteilung

Eignungs- und Wertungskriterien

Rechtssicherer Zuschlag

Verfahrensdokumentation

Durchspielen eines Musterfalls von A bis Z

Typische Konfliktpunkte

Ernstfall: Rüge und Nachprüfungsantrag

Preis

395,00 Euro (USt. befreit) Bedienstete der öffentlichen Verwaltung